Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 12. März 1881. Nr. 120.

Deutscher Reichstag.

13. Sitzung vom 11. März.

Präsident v. Goßler eröffnet die Sitzung um 11¹/₄ Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: von Stosch, von Bötticher, von Faber, von Xylander.

Von den kaiserlichen Majestäten ist auf die von dem Gesammtvorstande des Reichstages an den Kaiser und die Kaiserin gerichtete Glückwunschadresse das folgende Antwortschreiben eingegangen:

„Die Glück- und Segenswünsche, welche der Gesammtvorstand des deutschen Reichstages bei der Vermählung Unseres geliebten Enkels, des Prinzen Wilhelm, königliche Hoheit, mit Ihrer Hoheit der Prinzessin Viktoria Augusta von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg Uns dargebracht hat, haben Uns auf das Angenehmste berührt. Wir danken dem Gesammtvorstande von ganzem Herzen für den Ausdruck seiner Theilnahme an dem für Uns und Unser königliches Haus so freudigen Ereignisse, Innig dankbar für Gottes reichen Segen, mit dem er Uns und Unsere vaterländische Geschichte stets begleitet hat, bitten Wir um Erfüllung des von dem Gesammtvorstande ausgesprochenen Segenswunsches, daß der Allmächtige Uns zu allen Zeiten mit seiner Kraft und Gnade beschirmen und beschützen möge.

Berlin, 8. März 1881.

Wilhelm. Augusta."

Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberathung auf Grund der mündlichen Berichte der Budget-Kommission.

Abg. Rickert berichtet Namens der Kommission über den Etat der Marineverwaltung und empfiehlt a) bei den fortdauernden Ausgaben:

Kapitel 52 (Indiensthaltung der Schiffe und Fahrzeuge), Titel 1, Seezulagen ꝛc.: den aus den Beständen des Vorjahres abzurechnenden Betrag von 75,000 auf 100,000 Mark zu erhöhen und demnach statt 1,000,000 Mark nur 975,000 Mark zu bewilligen; Titel 2, Lootsen- und Hafengelder: den aus den Beständen des Vorjahres abzurechnenden Betrag von 70,000 auf 95,000 Mark zu erhöhen und demnach statt 66,000 Mark nur 41,000 Mark zu bewilligen; Titel 3, für Instandhaltung und Reparatur der Schiffe: statt 1,911,000 Mark nur 1,775,000 Mark zu bewilligen.

Kapitel 53 (Naturalverpflegung), Titel 1, Schiffsverpflegung: statt 1,636,000 Mark nur 1,542,000 Mark; Titel 3, Verpflegungszuschüsse: statt 333,000 Mark nur 313,000 Mark zu bewilligen.

Kapitel 60 (Werftbetrieb), Titel 26, zum Bau eines Panzerfahrzeuges als Ersatz für das Panzerfahrzeug „Prinz Adalbert", erste Rate: 400,000 Mark, zu streichen.

b) Bei den einmaligen Ausgaben: Kapitel 7, Titel 4, zum Bau der Panzerfregatte E. 1. Rate: 2,400,000 Mark, zu streichen.

Sämmtliche Positionen der laufenden Ausgaben mit Ausnahme des Titels 26, Kapitel 60, werden in der von der Kommission vorgeschlagenen Höhe ohne Diskussion bewilligt.

Die Diskussion über Titel 26 der laufenden und Titel 4 der einmaligen Ausgaben wird verbunden

Die Abgg. v. Kardorff und Kiefer beantragen hierzu: Der von der Kommission beantragten Ablehnung des Titels 4, Kap. 7, zum Bau der Panzerfregatte E. 1. Rate, 2,400,000 Mark, nicht beizutreten, vielmehr die Bewilligung dieser Position auszusprechen.

Referent Abg. Rickert giebt einen kurzen Ueberblick über die Verhandlungen innerhalb der Kommission. Für die Bewilligung des Titels 26 hatte sich in der Kommission nur wenig Neigung gezeigt, die Ablehnung des Titels 4 sei mit Stimmengleichheit erfolgt. Im Allgemeinen habe er die Mittheilung zu machen, daß im Ganzen 12 Ersatz- und 5 Neubauten von Kriegsschiffen projektirt worden sind. Auf eine Anfrage, welche aus der Mitte der Kommission in Beziehung auf die Beschäftigung der Arbeiter in den kaiserlichen Werften gestellt wurde, habe der Chef der Admiralität die Erklärung abgegeben, daß die Zahl der heute auf denselben beschäftigten Arbeiter als Normalzahl zu betrachten sei, und daß es in der Zukunft möglich sein würde, einen Theil der Neubauten an Privatwerften zu vergeben.

Chef der Admiralität, Marineminister von Stosch, hebt die große Bedeutung derjenigen Panzerschiffe hervor, welche heute in Frage stehen. Dieselben seien zur Vertheidigung der 130 Meilen langen Ostseeküste bestimmt. Mit denselben solle die Ostsee so weit beherrscht werden, daß wir im Stande sind, mindestens unseren Küstenhandel oder auch den ganzen Handel in der Ostsee offen zu halten und Schutz zu gewähren. Hierzu seien mindestens 6 Schiffe erforderlich, um wenigstens 4 Schiffe jederzeit zur Disposition zu haben. Seiner Ansicht nach würde die Streichung dieser Position unsere Ostseeküste schwer schädigen. Die Bedeutung dieses Schutzes für die Interessen des Landes brauche er nicht besonders hervorzuheben; eine so bedeutende Schifffahrt, wie die in der Ostsee, sei wohl eines solchen Schutzes werth. Es handele sich nicht um große Schlachtschiffe, sondern nur um solche Schiffe, wie sie zum Schutze der Schifffahrt nothwendig sind, und daß solche Schiffe bei uns nicht theuer sind, geht aus einem Vergleich mit anderen Ländern hervor. Redner hebt die Tüchtigkeit unserer Schiffswerften gebührend hervor. Dieselben hätten sich auch im Auslande Anerkennung zu verschaffen gewußt und zahlreiche Aufträge erhalten. Leider werde diese Anerkennung noch im eigenen Vaterlande versagt; so mache beispielsweise der Bremer Lloyd seine Bestellungen im Auslande.

Abg. Kiefer befürwortet seinen Antrag. Der Nation gezieme es, zu rechter Zeit Alles zu schaffen, was für ihre Unabhängigkeit und Sicherstellung dem Auslande gegenüber nothwendig erscheint. Es sei durchaus geboten, nach allen Seiten hin genügend gerüstet zu sein, um an keiner Stelle dem Auslande einen sicheren Angriffspunkt zu bieten. Uebrigens sei auch kein Grund erkennbar, weshalb bei der Durchführung des Flottengründungsplanes mit einem Male Halt gemacht werden solle.

Abg. v. Puttkamer-Lübben erklärt, daß ein Theil der Deutsch-Konservativen gegen die Bewilligung der beiden Positionen stimmen werde, und zwar deshalb, weil unsere wirthschaftlichen Verhältnisse zur Zeit solche großen Ausgaben nicht gestatten und weil andererseits die technische Frage über die Nützlichkeit der Panzerschiffe noch nicht gelöst ist. Die Abstimmung bezwecke kein Mißtrauens-Votum gegen die Marine-Verwaltung und erfolge ebensowenig auf höhere Inspiration.

Abg. v. Kardorff erklärt sich für Bewilligung des Tit. 4, während er die über Tit. 26 der nächstjährigen Etatsberathung vorbehalten will. Es würde einen eigenthümlichen Eindruck im Lande machen, wenn der Reichstag im Extraordinarium die Forderung ablehne und damit aussprechen wollte, daß er den Flottengründungsplan nicht innezuhalten gedenke. Redner hält es ebenfalls im nationalen Interesse geboten, die gesammten deutschen Schiffe auf deutschen Werften bauen zu lassen und spricht sein Bedauern darüber aus, daß der Norddeutsche Lloyd diesen Grundsatz nicht befolge.

Abg. Meyer (Bremen) wird ebenfalls für die Position im Extraordinarium stimmen. Es habe den Anschein, als wenn man glaubt, er sei ein Gegner der Entwickelung unserer Marine. Niemandem läge diese Entwickelung mehr am Herzen wie ihm, aber er glaube am besten sein Interesse für unsere Marine zu beweisen, wenn er die Mängel und Fehler derselben offen zur Erörterung bringe. Der Herr Chef der Admiralität habe ihn als Vorsitzenden des Norddeutschen Lloyd gewissermaßen persönlich angegriffen. Er erkenne an, daß sein persönlicher Einfluß allein für das Verfahren des Norddeutschen Lloyd maßgebend gewesen sei. Der Norddeutsche Lloyd habe drei deutschen Werften Schiffsbestellungen übertragen. Aber man habe, wie schon so oft, die Erfahrung gemacht, daß die deutschen Werften den Bestellern Verlegenheiten bereiten, weil sie nicht Wort halten und die Schiffe nicht pünktlich abliefern. Wo der Lloyd könne, nehme er die deutschen Schiffswerften in Anspruch. Das Schiff, um das es sich hier handle, sei das größte, das der Lloyd bisher gebaut habe; es handele sich um die schleunigste Einstellung dieses Schiffes, denn bei dem Kaufmann sei Zeit eben Geld und da die deutschen Werften eine Bauzeit von 18 Monaten in Aussicht nehmen, fremde Werften aber die Ausführung in 10 bis 11 Monaten übernehmen wollten, sei aus diesem Grunde die Bestellung im Auslande gemacht worden.

Die Debatte wird geschlossen und Position 26 der laufenden Ausgaben abgelehnt; dagegen wird Titel 4 der einmaligen Ausgaben bewilligt.

Sodann tritt das Haus in die Berathung des Etats der Verwaltung des Reichsheeres ein. Auch dieser war der Budgetkommission überwiesen.

Abg. v. Benda erstattet Namens derselben Bericht. Das Ordinarium der Ausgabe beträgt 300,713,488 M., gegen früher mehr 16,828,838 M. Der Referent macht darauf aufmerksam, daß in dieser Erhöhung sich die Folgen der Militärnovelle vom vorigen Jahre aussprächen. Nun habe die Kommission geglaubt, durch Erweiterung der Rekrutenvakanzen einige Ersparnisse herbeiführen zu können, doch habe sich die Militärverwaltung noch nicht mit diesem Vorgehen einverstanden erklärt.

Das Haus genehmigt die Einnahmen nach dem Anschlage, ebenso von den einmaligen Ausgaben die Kapitel: Kriegsministerium, Militärkassenwesen, Militär-Intendanturen, ohne Diskussion.

Bei Kap. 17, Militärgeistlichkeit, sind gegen früher 30,000 M. mehr eingesetzt.

Abg. Dr. Franz spricht dafür der Militärverwaltung seinen Dank aus und hofft, dieselbe werde nunmehr auch den Staatspfarrern nicht mehr die Militär-Seelsorge übertragen, wie es so vielfach und neuerdings noch in Kosel an einen Exkommunizirten, ganz gegen die dogmatischen Grundsätze der katholischen Kirche, geschehen sei.

Kriegsminister v. Kameke: Die Militärverwaltung habe in dem Wunsche, den katholischen Soldaten ihre Religionsausübung zu ermöglichen, vielfach dazu greifen müssen, Privatgeistliche mit dieser Seelsorge zu betrauen. Daß der Staatspfarrer in Kosel mit der Exkommunikation belegt sei, erfahre er heute zum ersten Male, die Militärbehörden hätten denselben als zur Seelsorge ganz geeignet bezeichnet. Uebrigens sei seit Beginn des Kulturkampfes befohlen, um keinen Soldaten in der Ausübung seines Glaubens zu hindern, daß kein Soldat mehr zur Kirche geführt werde, sondern es jedem Soldaten zu überlassen sei, welchen Pfarrer er aufsuchen wolle. (Beifall.)

Abg. Dr. Windthorst hält es für nothwendig, daß der Staatspfarrer in Kosel als Garnisonspfarrer beseitigt werde, auch bitte er den Kriegsminister in seiner hohen Vertrauensstellung, derselbe möge an maßgebender Stelle darauf aufmerksam machen, zu wie schweren Schädigungen des Militärs es führe, daß man der katholischen Kirche vorenthalte, was ihr von Gottes und Rechts wegen gehöre.

Abg. Dr. Beseler meint, daß der Abg. Dr. Windthorst mehr zur Beseitigung dieses Zustandes beitragen könne, als die Militär-Verwaltung.

Abg. Frhr. v. Maltzahn-Gültz: Er müsse der Auffassung entgegentreten, daß in Preußen der Kirche etwas vorenthalten werde, das ihr von Gottes und Rechts wegen zukomme; wenn es dazu gekommen sei, daß dies geschehen müsse in Folge einer gültigen Gesetzgebung, so wisse der Abg. Dr. Windthorst recht gut, daß er, und namentlich in Rom, viel mehr dazu beitragen könne, diese Zustände zu beseitigen, als die Armee-Verwaltung.

Abg. Dr. Windthorst weist letztere Behauptung zurück; Dr. Beseler und Herr von Maltzahn würden in Rom in dieser Hinsicht ebensoviel Einfluß haben als das Centrum; mit der Freiheit der Soldaten wäre es hinsichtlich des Kirchenbesuches nicht so weit her, wo man nicht befehlen könne, da genüge auch ein Wink vor der Front.

Kriegsminister v. Kameke: Aus dem Angeführten habe er noch keinen Grund entnehmen können, den Staatspfarrer in Kosel zu entfernen, da die Organe, durch die sich die Kriegsverwaltung darüber nur unterrichten könne, nichts Nachtheiliges über den Mann berichtet hätten. Das müsse er dem Abg. Dr. Windthorst hinsichtlich des freien Kirchenbesuchs der Soldaten sagen, daß die preußische Disziplin dazu viel zu hoch stehe, als daß etwas, was durch Befehl verboten sei, durch einen Wink vor der Front herbeigeführt werden könne. (Beifall.)

Darauf wird die Position Militär-Geistliche bewilligt; ebenso nach einigen Bemerkungen des Abg. Melbeck über die Nothwendigkeit der Gleichstellung der Auditeure in Gehalt mit den Intendanturräthen ꝛc. das folgende Kapitel, Militär-Justizverwaltung.

Kriegsminister v. Kameke versprach im nächsten Etat eine solche Gleichstellung, wenn möglich, herbeizuführen.

Abg. Marcard hält nicht nur eine bessere finanzielle Stellung, sondern auch eine Rangerhöhung für nothwendig.

Die Kapitel 19 (höhere Truppenbefehlshaber), 20 (Gouverneure, Kommandanten, Platzmajore), 21 (Adjutantur-Offiziere und Offiziere in besonderen Stellungen), 22 (Generalstab und Landesverfassungs-Angelegenheiten) und 23 (Ingenieurkorps) werden ohne Diskussion genehmigt.

Bei Kapitel 24 (Geldverpflegung der Truppen, 97,658,362 Mark) beantragte die Budget-Kommission laut Titel 7 (Mannschaften) statt 59,892,096 Mark nur zu bewilligen 59,662,285 Mark.

Dagegen beantragen die Abgg. v. Frankenstein und v. Schorlemer nur 59,201,996 Mark zu bewilligen und diese Ersparnisse durch größere Rekrutenvakanzen herbeizuführen resp. dieselben später einzustellen.

Kommissar des Bundesraths v. Fink: Dieser Antrag der Kommission sowohl als des Abg. von Frankenstein würde den gesetzlichen Bestimmungen widersprechen, und die Organisation der Armee schädigen; er bitte den Antrag abzulehnen.

Abg. Richter (Hagen) empfiehlt in längerer Rede die Annahme des Antrages Frankenstein, da aus der Militärnovelle nicht hervorgehe, daß so und so viel Soldaten gehalten werden „müssen"; es stehe da nur: die Regierung könne verlangen, daß der Reichstag für eine bestimmte Zahl die Mittel bewillige; also solle doch eine Verhandlung darüber zulässig sein; es treffe der formelle Einwand des Kommissars also nicht zu, aber es werde sich empfehlen, der Militärverwaltung nahe zu legen, ob nicht „sachlich" mit etwas weniger Dienstzeit ausgekommen werden könne. Die Militärverwaltung stelle sich immer nur auf den militärisch zwingenden Standpunkt und beachte nicht, daß es auch einen wirthschaftlich zwingenden gebe. Wenn aber in diesem Jahre 8000 Mann hätten mehr beurlaubt werden können, so müsse das doch künftig, wenn die Militärnovelle mehr und mehr durchgeführt sei, erst recht möglich sein. Früher habe man weit längere Rekrutenvakanzen gehabt. Aber auch die erste Uebungs-Zusammenziehung der Ersatz-Reservisten im nächsten Herbst gäbe mehrseitige Veranlassung, stärkere Beurlaubungen wiederum eintreten zu lassen.

Abg. v. Schorlemer empfiehlt mit Rücksicht auf den Ausspruch des Reichskanzlers, daß eine Störung des Friedens nicht zu befürchten sei, die Annahme des Antrages, da derselbe die Wehrhaftigkeit nicht vermindere, jedoch eine wesentliche Erleichterung finanziell gewähre.

Kommissar des Bundesraths Major v. Funk tritt den Ausführungen Richter's entgegen. Aus dem Gesetze vom vorigen Jahre könne man unmöglich solche Folgerungen ziehen, wie der Abg. Richter es thun wolle, sonst habe dieses gar keinen Werth. Die technischen Bedenken Richter's seien nicht stichhaltig, da nach Vereinbarung der Civil- und Militärbehörden die Uebung der Ersatz-Reservisten zum Termin der Rekruten-Einstellung endigen werde.

Nachdem der Abg. Stumm die Ablehnung es Antrages Frankenstein empfohlen, betheiligen sich noch an der Debatte die Abgg. Richter (Hagen) und v. Schorlemer-Alst, sowie der Kommissar des Bundesraths Major v. Funk.

Sodann rechtfertigt der Referent Abg. von Benda nochmals den Kommissions-Antrag, worauf das Haus diesen Antrag und den Rest des Kapitels 24 genehmigt.

Hierauf wird die Sitzung vertagt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Etats-Berathung.

Schluß 4³/₄ Uhr.

Deutschland.

Bremen, 11. März. Die Weser ist stark im

Wachsen, stündlich sechs Centimeter, auch die Aller steigt bedenklich. Außerordentliches Hochwasser ist hier in Aussicht. Unterhalb Hoya hat heute Nachmittag ein Deichbruch stattgefunden.

Ausland.

Paris, 11. März. (Berl. T.) Ordenbeladene Herren, diamantenstrahlende Damen und greise Generäle drängten sich heute Nachts im Elysee gegen den kleinen Salon an, in dem Gambetta und Grevy plaudernd saßen. Grevy war wie immer ohne Orden und selbst ohne Handschuhe erschienen, ein Bild bürgerlicher Einfachheit. Lachaud plauderte mit den beiden Präsidenten, es wurde viel gelacht. Jedermann wollte in den Zügen derer lesen, die ganz Paris seit wenigen Tagen für Gegner hält. Die Unterhaltung beider Präsidenten galt jedoch anscheinend nicht der Politik. Alle gambettistischen Blätter dementiren die vom Elysee inspirirten Versionen über diese Entrevue und affektiren die volle Zuversicht über den endlichen Erfolg des Bardoux'schen Projekts, das Listen-Skrutinium.

Offiziös wird erklärt: Die Regierung beschloß, Andora zu blockiren, weil das Ländchen Frankreichs Rathschlägen kein Gehör gegeben.

Eine Dampfspritze begießt noch immer die rauchenden Trümmer des „Magazin au Printemps". Die heutige Beerdigung eines bei jenem Brande verunglückten Pompiers wurde fast zur politischen Demonstration. Der Minister des Innern, der Seinepräfekt, der Polizeipräfekt, Vertreter der Ministerien des Krieges und der Marine erschienen, um dem Obersten Recht zu geben, der am Grabe des Pompiers sagte: „Die höchste Ehre der Republik sei die Pflichterfüllung." Rochefort war an der Spitze der ganzen Redaktion des „Intransigent" erschienen.

Rom, 11. März. (B. T.) Depeschen aus Mailand melden die Flucht des Chefredakteurs des intransigentesten klerikalen Organs „Osservatore cattolico", welchen der Papst unlängst in öffentlicher Audienz belobte. Der Betreffende ist Priester und wurde plötzlich angeklagt der gewaltsamen Verführung der Nichte des Pfarrers von Viadana. Der „Osservatore" wird in Folge dessen eingehen. Der Flüchtling wurde vom Erzbischof a divinis suspendirt. Der Pfarrer von Viadana entleibte sich angeblich.

Die „Gazetta d'Italia" verspricht die Herausgabe einer Serie bisher inedirter Dokumente über den Krieg von 1866, welche seiner Zeit wegen nicht mehr erfolgter Herausgabe des zweiten Bandes von Lamarmora's „Etwas mehr Licht!" unveröffentlicht blieben. Die „Gazetta d'Italia" bezeichnet die Dokumente als hochwichtig für die Geschichte des preußisch-italienischen Bündnisses von 1866 und behauptet, dieselben von einem Exdiplomaten erhalten zu haben.

Provinzielles.

Stettin, 12. März. Der Bursche Gustav Albert Frädrich von hier, welcher in der heutigen Sitzung des Landgerichts die Anklagebank betrat, ist einer jener jugendlichen Verbrecher, die mit vollen Segeln dem ersehnten Hafen, dem Zuchthause, zusteuern. Vor einigen Tagen hat derselbe erst sein 16. Lebensjahr erreicht, trotzdem ist er seit 1878, in welchem er seine Verbrecherkarriere begonnen, bereits 7 Mal wegen Diebstahls vorbestraft. Heute hatte er sich wiederum wegen eines Diebstahls zu verantworten, den er am 22. Oktober v. Js. geständiger Weise ausgeführt hat, indem er bei Gelegenheit des hiesigen Jahrmarktes aus der Bude eines Drechslers einen Stock entwendete. Der Angeklagte, welcher zur Zeit eine Gefängnißstrafe von 1 Jahr 9 Monaten verbüßt, wird zu einer Zusatzstrafe von 4 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Am 17. September v. Js. traf der Mühlenbesitzer Karl Joh. Fr. Haar aus Bansin auf seinem Grundstücke den Fischer Tieß und hieb mit einem Knüttel derart auf denselben ein, daß er stark blutete; auf das Hülfegeschrei eilten verschiedene Personen herbei, darunter auch die Frau des Haar, Henriette, geb. Meier, und deren Bruder, der Arbeiter Friedrich Meier. Letztere Beiden schlugen gleichfalls auf Tieß los. Als sich Tieß entfernen wollte, wurde er von Haar, der Ortsschulze von Bansin ist, festgehalten und wollte derselbe, in seiner Eigenschaft als Schulze, die Verhaftung des T. vornehmen und ließ denselben abführen. Haar, dessen Ehefrau und Meier waren heute wegen dieses Vorfalles wegen Mißhandlung angeklagt. Ersterer führte zu seiner Entschuldigung an, Tieß habe einen Schlitten stehlen wollen und als er dabei ertappt worden sei, habe er auf ihn eingehauen. Frau Haar und Meier wollen überhaupt nicht geschlagen haben. Durch die Beweisaufnahme wurde die Anklage jedoch im vollen Umfange für erwiesen erachtet und gegen den Schulzen Haar auf 200 Mark Geldstrafe event. 40 Tage Gefängniß, dessen Ehefrau auf 50 Mark Geldstrafe event. 10 Tage Gefängniß und Meier auf 100 Mark Geldstrafe event. 20 Tage Gefängniß erkannt.

— Auf Grund des § 1 Absatz 2 des Gesetzes, betreffend den dauernden Erlaß an Klassensteuer und klassifizirter Einkommensteuer 2c., welches in nächster Zeit durch die Gesetz-Sammlung veröffentlicht werden wird, hat der Finanz-Minister durch Cirkularerlaß vom 5. d. M. bestimmt, daß die Klassensteuer der sämmtlichen Stufen und die klassifizirte Einkommensteuer der fünf untersten Stufen im Etatsjahre 1881 82 und bis auf Weiteres auch in jedem folgenden Etatsjahre für die drei letzten Monate (Januar, Februar, März) nicht erhoben wird.

— Am Sonntag, den 13. d. M., Nachmittags 3 Uhr, veranstaltet der Ortsverein der Tischler und verwandten Berufsgenossen im Lokale des Herrn Köhler in Grabow (Vereinshalle) eine öffentliche Versammlung aller in dieser Branche beschäftigten Arbeiter, um auch weiteren interessirten Kreisen neben der Schilderung der gegenwärtigen Lage des Handwerks die Leistungen und Erfolge der Gewerkvereine vor Augen zu führen. Bei dieser Gelegenheit sei hier u. A. erwähnt, daß nach dem jetzt publizirten Abschluß des Gewerkvereins der deutschen Tischler u. s. w. im Jahre 1879 an Kranken-Unterstützungen 40,279 Mark gezahlt wurden, Begräbnißgeld wurde in der Summe von 3480 M. gewährt. Der Gewerkverein besitzt jetzt außer den genannten „eingeschriebenen" Hülfskassen noch eine Frauen-Begräbnißkasse, welche gut situirt ist und in den im genannten Jahre vorgekommenen Sterbefällen 645 Mark im Ganzen zahlte. Der fortdauernden gewerblichen Krisis, welche sich auch für den redlichen Arbeiter durch das herbe Geschick der Arbeitslosigkeit oft geltend macht, Rechnung tragend, hat der Verein einen für solchen Zweck bestimmten Fonds geschaffen, aus welchem 1879 die Summe von 631 Mark geleistet werden konnte. Wenn aber bisher eine solche Beihülfe nur in den Fällen dringendster Art zugestanden wurde, so wird dieses Hülfsgebiet demnächst eine kräftigere Ausgestaltung insofern erfahren, als mit einem bereits vorhandenen Kapital von etwa 7000 Mark eine Reise- und Arbeitslosenkasse errichtet werden soll. Angesichts dieser für sich selbst sprechenden Erfolge genossenschaftlicher Selbsthülfe nehmen wir Veranlassung, den Beitritt zu den Gewerkvereinen auf das Wärmste zu empfehlen.

— In Hamburg wird am 23. d. M. mit einer Seesteuermannsprüfung begonnen werden.

— Der Steuermann A. Wheeler, der Bootsmann J. Petersen, der Zimmermann Ludw. Behnke, der Matrose C. Petersen, der Matrose A. Retzlaff, der Matrose H. Petersen, der Matrose G. Klintwort, der Matrose J. Ostgård, der Matrose J. Lundberg, sämmtlich an Bord des englischen Schraubendampfers „Cato", Kapitän King, haben am 18. Februar v. J. bei der Rettung von zwei Personen, welche mit ihrem Boote auf dem Swinestrome bei Swinemünde in der Nähe des Mövenhakens im Eise festsaßen, mit eigener Lebensgefahr sich betheiligt. Diese menschenfreundliche Handlung wird von der königlichen Regierung belobigend zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

— Die letzte Nummer des Amts-Blatts der kgl. Regierung bringt das Statut für die Sparkasse des Kreises Randow und wollen wir nicht unterlassen, darauf auch an dieser Stelle besonders aufmerksam zu machen.

— Personal-Veränderungen im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Stettin für den Monat Februar 1881. Dem Oberlandesgerichtsrath Brohm in Stettin und dem Landgerichts-Direktor Kaestner in Stolp ist der Charakter als Geheimer Justizrath verliehen. — Der Amtsrichter Arnold in Tempelburg ist zum Notar im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Naumburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Coelleda, ernannt. — Dem Amtsrichter Mießner in Belgard und dem Gerichts-Assessor Krey ist behufs Uebertritts zur Kommunal-Verwaltung die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt. — Der Referendar Funck ist zum Gerichts-Assessor ernannt. — Zu Referendaren sind ernannt: die Rechtskandidaten Ehrenwerth, Herrosé und Salomon. — Der Referendar Dr. v. Zanthier ist aus dem Bezirk des Kammergerichts in den diesseitigen übernommen. — Ausgeschieden sind die Referendare: Berg behufs Uebertritts zur Militär-Verwaltung, Knitschky behufs Uebertritts in den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M., v. Klitzing und Messerschmidt behufs Uebertritts in den Bezirk des Kammergerichts. — Der Gerichtsschreiber Sekretär Parpart in Stargard i. P. ist zum Rechnungs-Revisor bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts in Stade ernannt. — Die Gerichtsschreiber Sekretäre Pankow in Gartz a. O. und Heese in Treptow a. Toll. sind pensionirt.

— Dem Hausvater des Rettungshauses zu Berlinchen im Kreise Soldin, Berg, ist das allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

— Vorgestern Nachmittag erfolgte, wie die „Starg. Ztg." mittheilt, auf Anordnung der Behörde die Ausgrabung der Leiche des vor 5 Wochen auf dem Kirchhofe zu Alt-Damerow begrabenen Dreschers Callies. Derselbe, ein Mann von 55 Jahren, aber noch rüstig und arbeitsfähig, wurde eines Morgens in seiner Kammer erhenkt gefunden. Da keine Motive zum Selbstmord denkbar, auch die Lage des Erhenkten — er hat auf den Knien gelegen und soll der Strick nicht straff angezogen gewesen sein — wenig natürlich war, so ist der Verdacht einer anderen Todesursache in seinem Sohne aufgestiegen und von ihm zur Anzeige gebracht worden. Die Obduktion wird das Nähere ergeben.

— In der gestern durch Herrn Geheimrath Dr. Baumstark als Ehrenpräsident eröffneten Geflügel- und Fischerei-Ausstellung in Greifswald fanden bereits folgende Prämiirungen statt: Hühner. Silberner Pokal vom landwirthschaftlichen Verein kleiner Wirthe: F. Wels, Wilhelmsburg; silberne Staatsmedaille: Jul. Kreideweiß, Tempelhof; bronzene Staatsmedaille: 1. Chr. Bentzien, Grimmen, 2. Dützmann, Lüssow, 3. Schmidt, Flensburg; silberne Medaille der Stadt Greifswald: 1. Otte, Bockhagen, 2. F. Benzien, Grimmen; silberne Vereinsmedaille: 1. C. Hagemann Greifswald, 2. C. Collin, Wollin; bronzene Medaille der Stadt Greifswald: 1. G. Huhle, Pulsnitz, 2. J. H. Plate, Grimmen, 3. H. Karstaedt, Greifswald, 4. Joh. Bahrs, Schwatau. In der Abtheilung für Sing- und Ziervögel, sowie Vogelfutter erhielten die ersten Preise, bestehend in silberne Medaille der Stadt Greifswald: 1. Zoologische und Vogelfutter-Handlung von W. Müller, Stettin, für eigene Zucht von Goldwebern, Sonnenvögeln und Wellensittichen, 2. dieselbe Handlung für G sammtleistung ausgestellter Exoten, 3. dieselbe Handlung für eine Kollektion Vogelfutter und Nistmaterial, 4. Herr E. Geupel, Connewitz, für Gesammleistung ausgestellter Exoten; bronzene Medaille der Stadt Greifswald: 1. Herr Carl Petermann, Rostock, für eigene Züchtung von Loris von den blauen Bergen, 2. Herr Raeder, Greifswald, für eigene Züchtung von Hartlaubzeisig-Canerienbastard, 3. Herr Carl Kapell, Hannover, für eine Kollektion Vogelfutter. Säugethiere. Silberne Staatsmedaille: irische Setterhündin, Graf Bassewitz, Burg Schlitz; bronzene Staatsmedaille: Schweißhündin, Schmidt Born-Dars; die silberne Staatsmedaille: gelber Teckel, Senger, Greifswald; die bronzene Staatsmedaille: Dachshündin, von Homeyer, Ranzin; die silberne Medaille von Freunden der Landwirthschaft: rothe Schweißhündin, von Bassewitz, Mirow; die silberne Vereins-Medaille: dunkel-braune Jagdhündin, W. Stein, Potsdam; die bronzene Vereins-Medaille: weiß-braune Hündin, Peters, Damerow, ein großes belgisches Riesenkaninchen, Taques, Lüttich.

* **Tribsees**, 10. März. Die Auswanderung nach Amerika scheint in diesem Jahre in Tribsees und Umgegend noch größere Dimensionen annehmen zu wollen, als im vergangenen Jahre. Sicherem Vernehmen nach werden schon im Frühjahr an zwanzig Familien, meist dem Arbeiterstande angehörig, durch lockende Versprechungen auf ungewöhnlich großen Verdienst oder durch Zuwendung von Reisegeld von in Amerika lebenden Verwandten angezogen, und ungeachtet aller enttäuschenden Berichte und Warnungen aus dem „Lande der Freiheit" selbst, nach Versilberung ihrer oft nicht unbedeutenden Habe Amerika zum neuen Wohnsitz wählen. Zum Herbst beabsichtigen noch mehr Familien auszuwandern. Es ist da allerdings nicht zu verwundern, wenn die Einwohnerzahl in der Stadt Tribsees stetig abnimmt.

♂ **Bütow**, 10. März. Ein sehr trauriger Fall passirte kürzlich einer hier ansässigen jungen Dame. Dieselbe hatte sich im vorigen Jahre mit einem Buchhalter aus Berlin verlobt und sollte demnächst die Hochzeit auch bald vor sich gehen. Zum Erstaunen Aller wurde aber die Nachricht aus dem „Berliner Tageblatt" entnommen, daß der junge Mann sich erschossen und seiner Braut sein ganz beträchtliches Vermögen vermacht habe. Derselbe litt nämlich an einer Krankheit und ging zum Arzt, um sich von diesem noch vor seiner Verheirathung genau untersuchen zu lassen. Der Arzt ertheilte ihm den Bescheid, daß er nie geheilt werden könne, weil seine Krankheit sehr schlimm und schon die Lunge angegriffen habe. Der ehrliche junge Mann, welcher seiner Braut nun einmal das Jawort gegeben hatte, wollte dies Schreckliche derselben nicht mittheilen und glaubte sich nicht anders als durch den Tod von seiner Pflicht entbinden zu können. Obgleich dies in mancher Beziehung nicht gerade unehrenhaft von ihm gehandelt ist, so bleibt es doch für die ihm Näherstehenden und hauptsächlich für die Braut ein tiefer Schmerz.

Vermischtes.

— Vor einigen Tagen erschien auf dem Bahnhofe von Orleans ein Reisender von phänomenaler Dicke und nahm ein Billet zweiter Klasse nach Bordeaux. Als nun das Zeichen zum Einsteigen gegeben wurde, stellte es sich heraus, daß die Thüren sämmtlicher Coupés zu schmal waren, um dem voluminösen Reisenden den Einlaß zu gestatten, und es blieb daher dem Stationschef nichts Anderes übrig, als denselben zum nicht geringen Ergötzen des anwesenden Publikums auf einem offenen — Lastwagen zu installiren. Der gewichtige Passagier ist erst 22 Jahre alt, wiegt 210 Kilo und hat einen Umfang von über 3 Meter.

— Der Uhrmacher Mathias Petrizh in Adelsberg, ein Autodidakt in der Mechanik, hat als Geschenk für den Kronprinzen von Oesterreich eine künstliche Uhr angefertigt. Das mehr als zwei Meter hohe Gehäuse ist aus prachtvollen, in der Adelsberger und Magdalenen-Grotte gewonnenen Tropfsteinen angefertigt und stellt die interessantesten Theile der Adelsberger Grotte in drei Abtheilungen dar. Im Hintergrunde der den großen Dom der Adelsberger Grotte darstellenden Abtheilung befindet sich ein Zifferblatt aus Carrara Marmor, und die ganze Abtheilung ist, ähnlich dem großen Dome der Grotte, mit einem aus Grottensteinen gebildeten Gewölbe bedeckt, auf welchem die zweite, den Tanzsaal der Grotte darstellende Abtheilung aufgeführt wurde. Im Hintergrunde derselben ist ein gleichfalls aus Marmor verfertigtes Zifferblatt angebracht. Die obere Abtheilung des Gehäuses stellt zur linken Seite den Calvarienberg und zur rechten Seite den Mailänder Dom der Grotte dar, welche aus den schönsten Tropfsteingruppen möglichst genau nachgebildet sind und wozu die ausgesuchtesten Steine verwendet wurden. Das Uhrwerk, welches alljährlich nur einmal aufzuziehen ist, wurde in alle drei Abtheilungen des Gehäuses geleitet und erhält auch einen mechanischen Kalender in Bewegung. Zu Ende jeder Stunde kommt aus der linken Ecke der zweiten Abtheilung ein Wägelchen. Ist dasselbe in der Mitte der Abtheilung angelangt, so ertönt von dem mit dem Uhrwerke in Verbindung stehenden Spielwerke ganz leise die österreichische Volkshymne, worauf das Wägelchen nach der rechten Seite der Abtheilung wieder abgeht. Die Gesammtarbeit ist elegant und dauerhaft ausgeführt.

Kunst und Literatur.

Wie bereits früher verlautete, ist das bisher als bloßes Beiblatt zu dem im kgl. preuß. Ministerium der öffentlichen Arbeiten herausgegebenen Eisenbahn-Verordnungsblatt erscheinende **Archiv für Eisenbahnwesen** mit dem Jahre 1881 zu einem selbstständigen Unternehmen geworden. Die Verlagshandlung Carl Heymann's Verlag in Berlin hat uns soeben das 1. Heft zugesandt; dasselbe macht einen äußerst stattlichen Eindruck und zeigt einen erheblichen Fortschritt in der Ausstattung gegen früher. Dem Programm der Redaktion entnehmen wir, daß das Archiv größere Aufsätze und Notizen aus allen Gebieten des Eisenbahnwesens, eine fortlaufende Uebersicht der auf das Eisenbahnwesen bezüglichen Rechtsprechung des Reichsgerichts und des preußischen Oberverwaltungsgerichts, sowie der deutschen und ausländischen Eisenbahngesetzgebung und eine Bücher- und Zeitschriftenschau enthalten wird. [53]

Viehmarkt.

Berlin, 11. März. Amtlicher Marktbericht des städtischen Central-Viehhofes.

Zum Verkauf standen: 167 Rinder, 823 Schweine, 847 Kälber, 243 Hammel.

Das Geschäft zeigte durchweg matte Tendenz, da die Schlächter ihren Bedarf für die Woche zum großen Theil am verflossenen Montage gedeckt hatten und das schlechte Wetter die Fleischmärkte nicht begünstigte.

Bei Rindern fehlte I. und II. Qualität ganz; III. Qualität brachte 45—47 Mark und IV. Qualität 30—39 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht und war nur etwa der 4. Theil des Auftriebes verkäuflich.

Bei Schweinen bestand der Auftrieb fast nur aus Russen; die wenigen guten Mecklenburger und Pommern erzielten 59—60, Russen 46—54 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht; Bakonyer waren nicht am Markt; auch bei Schweinen verblieb bedetender Ueberstand.

Kälber wurden sehr langsam geräumt und zwar bessere zu circa 55, geringere zu 40—45 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Von Hammeln wurden nur sehr wenige Stücke vom Markt genommen, daß ein maßgebender Preis kaum festzustellen ist; derselbe variirte etwa zwischen 45—55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Telegraphische Depeschen.

Dresden, 11. März. Der Wasserstand betrug heute Mittag 376 Centimeter. Amtliche Meldungen aus Böhmen signalisiren erneutes Steigen des Wassers.

Dresden, 11. März. Aus Böhmen wird ein allgemeines Steigen der Gewässer gemeldet; es wird deshalb auch hier ein weiteres Steigen der Elbe erwartet.

Wien, 11. März. Im Abgeordnetenhause verlas der Vizepräsident Smolka eine Zuschrift des Präsidenten Coronini, worin derselbe erklärt, daß er aus verschiedenen Vorgängen in jüngster Zeit schließe, daß er das Vertrauen des Hauses nicht mehr besitze und daß er deshalb seiner ehrenvollen Stellung entsage. Da die Geschäftsordnung ihm den Rücktritt vom Amte nicht gestatte und da er auch mit Zuversicht nicht darauf rechnen könne, daß seine Bitte um Enthebung vom Präsidentenposten vom Hause genehmigt werde, lege er sein Mandat nieder. (Tiefe, anhaltende Bewegung.) Vizepräsident Smolka drückte tiefes Bedauern über den Entschluß Coronini's aus und die Abgeordneten gaben diesem Bedauern auf den Antrag Hohenwart's dadurch Ausdruck, daß sie sich von ihren Sitzen erhoben. Die Wahl eines neuen Präsidenten wurde auf nächste Sitzung festgesetzt.

Wien, 11. März. Meldung der „Polit. Korresp.":

Aus Athen: In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer beantragte Ministerpräsident Komunduros, nachdem die Mobilisirung sämmtlicher Klassen der Reserve bereits verfügt ist, auch die vom Kriegsdienst Ausgenommenen noch einzuberufen. Komunduros erklärte, daß die Maßregel weder eine Drohung, noch eine kriegerische Demonstration sei, sondern ausschließlich die rechtzeitige Beschaffung der Mittel zur Verwirklichung der Konferenzbeschlüsse bezwecke, sei es auch, daß es sich um die Okkupation der Provinzen handle, deren Besitzergreifung wahrscheinlich bald nothwendig sein dürfte, sobald die nahe bevorstehende Entscheidung in Konstantinopel gefallen sei.

Paris, 11. März. Die Regierung hat beschlossen, dem Gebiete der Republik Andora gegenüber wegen der dort herrschenden inneren Zwistigkeiten eine Sperrung der Grenze eintreten zu lassen.

Bukarest, 11. März. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer interpellirte Vernescu die Regierung über das Gerücht, daß Rumänien zum Königreich erhoben werden solle und wünschte spezielle Auskunft darüber, ob die Regierung in dieser Beziehung Schritte bei den auswärtigen Mächten gethan habe. Der Ministerpräsident erwiderte unter beifälliger Zustimmung der Kammer, daß Rumänien ein freier Staat sei und das Recht habe, seinem Souverän den Titel eines Königs oder Kaisers beizulegen, sobald es nur wolle. — Von der Regierung wurde ein Gesetzentwurf wegen Konvertirung der schwebenden Schuld vorgelegt.

Konstantinopel, 11. März. Wie verlautet, dürfte von der Pforte die Verschiebung der auf morgen anberaumten Sitzung der Botschafter beantragt werden, damit sie die Erörterungen über die Grenzlinie, die sie zu beantragen beabsichtigt, beendigen könne.